

Blaue Wahlkreispost

2. Ausgabe

www.mario-beger.de

Dezember 2021

Armut und Kälte in Deutschland

Bürger und Wirtschaft erleben seit Monaten einen massiven Preisanstieg bei vielen Waren und Dienstleistungen. Dramatisch steigende Kosten für Kraftstoffe, Heizöl und Strom belasten private Haushalte wie auch Unternehmen. Dazu kommen deutliche Preiserhöhungen bei zahlreichen Lebensmitteln, die viele Menschen gerade mit geringem Einkommen an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten bringen. Diese Preisentwicklungen basieren nicht auf irgendwelchen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten oder einem natürlichen Konjunkturzyklus – nein, sie sind das Resultat politischer Fehlentscheidungen, die die Altparteien zu verantworten haben. Schon Ludwig Erhard wusste: „Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“ Die jährliche Inflationsrate hat mit über 4 Prozent bereits einen Rekordwert seit 1993 erreicht und dürfte in den kommenden Monaten weiter in Richtung fünf Prozent steigen.



Die beiden großen Inflationstreiber sind dabei die Währungspolitik und die Klimapolitik. Die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist eine gigantische Geldmengenausweitung, ohne dass es dafür einen Gegenwert gibt, und damit verbunden eine Niedrigzinspolitik, mit der die Ausgabefreudigkeit der Südstaaten finanziert wird. In der Entschuldung der Staaten durch die Notenpresse sieht man die günstigste Lösung, um das System des ungedeckten Papiergeldes und die davon getragenen Machtstrukturen vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Mit der Politik des billigen Geldes wurde über Jahre die Insolvenzverschleppung von zahllosen Unternehmen und ganzen Staaten ermöglicht. Das so erschaffene System wird wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen, wenn die EZB nun aufgrund der steigenden Inflation den Leitzins anheben muss. Tut sie es aber nicht, werden die Bürger über die Inflation verarmen.

Die Nullzinspolitik muss endlich beendet werden, auch wenn das für einige Staaten den Bankrott bedeutet oder gar der Euro als Währung daran zerbrechen sollte. Die deutsche Klimapolitik ist ein hervorragend inszeniertes Ideologiekonstrukt. Deutschland möchte in seinem Größenwahn Vorbild für die ganze Welt bei der Klimarettung sein, steigt parallel aus Atomenergie und Kohlestrom aus und setzt nur auf erneuerbare Energien. Explodierende Energiepreise sind ein Ergebnis davon. In Deutschland ist Strom an der Börse seit Jahresbeginn um 140 Prozent teurer geworden. Rund drei Viertel des Strompreises werden hierzulande dabei durch Steuern, Umlagen und Netzentgelte bestimmt. Die Senkung der EEG-Umlage ist in dieser Entwicklung nur ein Ablenkungsmanöver, dass ohne größere Effekte verpuffen wird.

..... Fortsetzung auf Seite 2:

Frohe Weihnachten
und ein gesundes neues Jahr 2022

„Frei zu sein bedeutet nicht nur, seine eigenen Fesseln zu lösen, sondern ein Leben zu führen, das auch die Freiheit anderer respektiert und fördert.“
Nelson Mandela -

Wir blicken mit voller Zuversicht in die Zukunft und setzen uns weiterhin mit allen in unserer Macht stehenden Mitteln für ein lebenswertes Deutschland ein.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest, verbunden mit dem Wunsch nach Gesundheit, Hoffnung, Kraft für das vor uns liegende und dem Mut Neues zu wagen.

AfD

Mario Beger, MdL

@MarioBegerAfD
f.me/mariobeger

Menschen zweiter Klasse

Seit Oktober gibt es in Deutschland offiziell eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Corona-Testungen wurden kostenpflichtig, bei gleichzeitiger Testpflicht für Ungeimpfte ab einer Inzidenz von 35 für den Zugang zu den meisten Innenräumen. Warum wählte die Politik gerade den Wert 35? Bewusst ein extrem niedriger Schwellenwert, um fast zu jeder Zeit Ungeimpfte ohne Test vom gesellschaftlichen Leben aussperren zu können? Die meisten Politiker geben genau das sogar offen zu, wenn sie von einer Erhöhung des Impfdrucks reden. Viele Ungeimpfte können sich die kostenpflichtige Test-Abzocke, bei Preisen für einen Antigen-Schnelltest zwischen 18 und 40 Euro oder einen PCR-Test von über 130 Euro, auf Dauer nicht leisten. Soziale Isolation und oft auch Depressionen sind die Folgen, wenn man sich bewusst wird, ausgeschlossen und mit weniger Rechten ein Mensch zweiter Klasse zu sein. In vielen Bundesländern wird sogar bereits ganz offen über die 2G-Regel nachgedacht und immer wieder die Angst geschürt, dass das womöglich auch optional für Supermärkte, wenn auch nicht gänzlich, gelten könnte. Mancher linientreuer Arbeitgeber verspürt ebenso seine Macht und versucht die Daumenschrauben in Bezug auf die Impfung anzuziehen. Soll bei dieser Endlosspirale nur die Flucht in die Nutzung unausgereifter Impfstoffe als Ausweg dienen?

Covid ist längst zu einem politischen Problem mit einer wirtschaftlichen Komponente geworden. In Ländern mit einer hohen Impfquote, wie Israel und Island, hat sich gezeigt, dass die Impfung weder vor Ansteckung, Weitergabe noch tatsächlicher Erkrankung schützt. Bedeutet das nicht eigentlich, dass die Impfstoffe auf den Prüfstand gehören? Nein, es wird weiter Impfstoff bestellt und massiv Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, sich diesen auch impfen zu lassen, weil staatstreue Virologen als Lösung lediglich eine dritte Impfung, demnächst dann wohl eine vierte, fünfte... empfehlen. Die durch eine Impfung erkaufte Freiheit hält also nicht besonders lange an und das Impfen wird kein Ende haben.

Halt! Bisher wurde eine Bevölkerungsgruppe völlig außer Acht gelassen und dafür entwickeln Pharmakonzerne gerade in Windeseile einen absolut sicheren Impfstoff, an dem sie ganz sicher keinen Euro verdienen werden. Der Druck zur Covid-Impfung von Kindern dient nur deren Schutz und nicht der Steigerung des Umsatzes. Glauben Sie das wirklich? Das Impfen muss eine Frage der persönlichen Entscheidung bleiben und die Grundrechte müssen wieder für alle Bürger gelten. Geimpfte und Nicht-Geimpfte dürfen sich von der Politik nicht gegenseitig ausspielen lassen, um die Gesellschaft nicht noch tiefer zu spalten.

Mario Beger, MdL



..... Fortsetzung von Seite 1:

Die von den regierenden Parteien befeuerte Klimahysterie um das sogenannte Killergas CO₂, hat dazu geführt, dass es eine CO₂ Steuer gibt. Seit Januar werden 25 Euro je Tonne CO₂ fällig, das beim Verbrennen von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas entsteht und das schlägt sich nicht nur an der Zapfsäule beim Spritpreis nieder. Die Ursachen der Inflation liegen in einer Energiewende, die Energie für Normalverdiener unerschwinglich macht, sowie in der verantwortungslosen Schuldenmacherei. Unter dem Vorwand einer Pandemie haben Staatsregierung und Landesregierungen hemmungslos neue Schulden aufgenommen. Der große Gewinner der Inflation ist wiederum der Staat, denn durch die höheren Preise steigen im Nebeneffekt die Steuereinnahmen, während nicht nur Rentner, Geringverdiener und Pendler ratlos sind, wie sie über den Winter oder zur Arbeit kommen und ihre Rechnungen bezahlen sollen. Um eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten abzuwenden, muss die verhängnisvolle Klimapolitik korrigiert und ein Szenario zum Ausstieg aus dem Inflations-Euro entwickelt werden.

Schluss mit der klimapolitisch getarnten großen Transformation, die Mittelstand und Mittelschicht verarmen lässt!

Mario Beger, MdL



Kreistag: Zustimmung für AfD-Antrag

Die Kreistagsfraktion der AfD im Landkreis ist seit nunmehr über zwei Jahren tätig – und sie wurde bei ihren eingebrachten Anträgen beständig blockiert und überstimmt. Bis zur Kreistagssitzung am 30.09.2021: Unser Antrag auf Veröffentlichung der Anfragen von Kreisräten im Rats- und Bürgerinformationssystem ist zusammen mit vereinzelt Stimmen der CDU angenommen. Die Landkreisverwaltung wird nun verpflichtet, auf ihrem entsprechenden Internetauftritt (<https://lra-meissen.more-rubin1.de/index.php>) die Anfragen von Kreisräten zu veröffentlichen.

Unser Antrag zur Veröffentlichung von Kreistratsanfragen verhilft im Landkreis Meißen zu mehr Transparenz und Bürgernähe. Dass die CDU-Fraktion im Kreistag sich unserer Sachanträge annimmt und sogar in Teilen unsere Ideen in der Abstimmung unterstützt, ist nur zu begrüßen. Von diesem ersten Schritt zur sachbezogenen Zusammenarbeit kann sich die Landes- und Bundes-CDU noch Einiges von ihrer Basis im Landkreis Meißen abgucken.

Für eine transparentere, bürgerfreundlichere Politik - auch auf kommunaler Ebene - stehen wir weiter ein. Ich hoffe auch, dass wir für weitere sinnvolle und für die Bürger des Landkreises Meißen nützliche Vorhaben im Kreistag die Unterstützung anderer Fraktionen finden werden und dass wir eben nicht wie in der Vergangenheit aus purer Ideologie heraus blockiert werden.

Christian Reck, Kreisrat

Wen wundert's?

Ich komme nicht umhin, auf die letzte Bundestagswahl einzugehen. Ein großer Teil unserer Zeit, Kraft und materiellen Ressourcen wurden für den Wahlkampf geopfert. Das bedeutet jedoch nicht, dass unsere Arbeit in den Gremien auf der Strecke blieb. Weiter sind in den Ausschüssen, in meinem Fall Sozialausschuss, Beschlussvorlagen aufmerksam durchgearbeitet und, bei nicht Übereinstimmung mit unseren konservativen Werten, hinterfragt worden. Es ging und es geht uns darum, mit offenen Augen in unserem Wahlkreis Möglichkeiten zu erkennen, welche den Bürgern Nutzen bringen können.

Der Besuch oder auch nur der Kontakt zu Vereinen lag mir besonders am Herzen; so wurden diesen Möglichkeiten aufgezeigt, Fördermittel zu erlangen. Natürlich ging und geht es mir um das Wohl jener Vereine, die wirklich unsere Kultur und Traditionen breitgefächert stützen. Leider fließt ein Großteil der Fördermittel an Institutionen, die in Segmenten Nützliches tun, aber sich nicht scheuen mit Steuergeldern, mittlerweile ganz offen, politisch einseitig zu agieren. Das muss in Zukunft unterbleiben!

Wie sich am 26. September zeigte, würdigte der größte Teil der Wähler im Landkreis Meißen unsere Arbeit und sprach der AfD sein Vertrauen aus. Liebe Bürgerinnen und Bürger, bleiben Sie aufmerksam und suchen Sie den Kontakt zu uns.

Karsten Werner, Kreisrat

Die Lage ist ernst

Zur finanzökonomisch-haushaltspolitischen Situation auf kommunaler Ebene möchte ich wie folgt eindringlich hinweisen. Es ist davon auszugehen, dass die Zuschüsse von Bund und Land dramatisch reduziert werden. Es ist mit unterschiedlich großen Gewerbesteuererbrüchen der Mitgliedskommunen zu rechnen. Die Sozialhilfeleistungen steigen stark an. Die Folge ist, die Kreisumlage muss erhöht werden und die Kommunen müssen die Grundsteuern sowie Gebühren und Abgaben teils drastisch anheben bzw. veranlagen. Weiterhin müssen die freiwilligen Ausgaben folgerichtig gegen „Null“ gefahren werden und die Zwangsverwaltung ist die logische Folge. Dies führt zur Verödung von kulturellen und gemeinnützigen Angeboten in den Kommunen. All diese Fakten werden jedoch in den Schatten gestellt im Zusammenhang mit der bewusst initiierten Inflationsrate auf der Grundlage stark steigender Energieträger- und Kraftstoffkosten, welche steuerlich befeuert werden. All diese Zusammenhänge sind kein Zufall und führen zwangsläufig zur weiteren Destabilisierung der inneren Sicherheit und zur weiteren Spaltung in der Bevölkerung. Auf bevorstehende flächendeckende Stromausfälle und den damit verbundenen Vandalismus habe ich im Kreistag eindringlich hingewiesen und vorbeugende Maßnahmen auf Kreisebene gefordert. Die Kommunen schaffen das nicht.

Steffen Förster, Kreisrat



Impressum:

Herausgeber: Mario Beger, MdL - Dresdner Str. 7 - 01558 Großenhain - Telefon: 03522-5596 187 - E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com

V.i.S.d.P.: Mario Beger, MdL - Druck: Druckhaus Scholz GmbH - Auflagenhöhe: 24.000 Stück - Ausgabe: Nr.2/Dezember 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen.

Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen.

Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL im Web: <https://mario-beger.de/>

Mario Beger, MdL auf Facebook: <https://www.facebook.com/MarioBegerAfD>

Mario Beger, MdL auf Telegram: <https://t.me/mariobeger>

Neue Kernkraftwerke braucht das Land

„Die dümmste Energiepolitik der Welt“ titelte das US-amerikanische Finanzblatt „Wall-street Journal“ 2019 anlässlich des damals verkündeten deutschen Kohleausstiegs. Diese vernichtende Einschätzung gilt auch für den deutschen Standpunkt hinsichtlich der Kernenergie. Der Autor Gabor Steingart bemerkte dazu treffend: „Deutschland ist mit seinem Atomausstieg nicht der internationale Trendsetter, sondern der Paria.“

Wir erinnern uns: Die irrationale, politisch und medial geschürte Angst vor einem deutschen Fukushima oder Tschernobyl sowie die ungelöste Frage nach einem atomaren Endlager führten im Juni 2011 zum Ausstiegsbeschluss, dessen verhängnisvolle Folgen wir beim Strompreis (Deutschland hat mittlerweile die höchsten Strompreise der Welt) und schwindender Versorgungssicherheit schon heute schmerzhaft zu spüren bekommen.

Hatte die Kernkraft im Jahr 2000 noch 30,6% Anteil an der deutschen Stromerzeugung, fiel dieser 2020 auf 11,3%. Ende 2022 steht die Null. Mit Energie aus Sonne, Wind und Biogas wird diese Lücke nicht zu schließen sein. Traurig aber wahr: der einstige Spitzenreiter bei Kernforschung und Reaktorbau ist zur kernenergiefeindlichen Zone mutiert, während die Kernenergie weltweit wieder im Kommen ist.



Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind moderne Technologien, welche die Atomkraftwerke immer sicherer werden lassen. Zudem gibt es neue, aussichtsreiche Konzepte für die Wiederverwertung nuklearer Reststoffe, so dass die Endlagerproblematik der Vergangenheit angehören könnte. Insgesamt befinden sich weltweit 150 Atomkraftwerke im Bau oder in der Planung – Tendenz steigend. So betreibt Japan – auch nach Fukushima – 33 Reaktoren und plant weitere Neubauten.

In China, den USA, Russland, Frankreich und weiteren EU-Ländern – überall plant oder baut man neue Atomkraftwerke.

Unsere AfD-Fraktion brachte mehrere Anträge zur Erforschung der Kernenergie in den Landtag ein. Alle wurden von der CDU abgelehnt, ebenso der Antrag auf die Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen deutschen Standorte. Angesichts des sich abzeichnenden Scheiterns der „Energiewende“ ist die Rückkehr zur Kernkraft nötiger und dringender denn je.

So sensibilisierten wir mit unserer sachsenweiten Kernkraft-Kampagne eine breite Öffentlichkeit für das Thema, denn die Vorteile der Kernenergie sind nicht von der Hand zu weisen. Kernenergie ist sicher, verlässlich, wettbewerbsfähig und nahezu emissionsfrei.

Kernenergie schützt Natur- und Artenvielfalt, schont Ressourcen und trägt zu einer unabhängigen Energieversorgung bei.

Mit einem Satz:

Kernenergie ist unverzichtbar!

Jörg Urban,
AfD-Landesvorsitzender



Herzensangelegenheit

SPENDENAUFTRUF

"Herzensangelegenheiten"

Wir helfen Bedürftigen in diesen schweren Zeiten.

Mario Beger

Mitglied im Sächsischen Landtag
AfD Stadtratsfraktion Großenhain

ZUSAMMEN STARK.

SPENDENAKTION

Helfen Sie mit und unterstützen Sie bitte unser Projekt mit einer kleinen Spende und machen Sie es damit auch zu Ihrer

Herzensangelegenheit,

Bedürftigen eine Weihnachtsüberraschung zu bereiten.

Jeder Euro zählt.

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56

BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Herzensangelegenheiten WK 38

Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.

MEHR EINIGKEIT

MEHR RECHT

UND MEHR FREIHEIT!

AfD

@MarioBegerAfD
t.me/mariobeger

Bestätigung und Ansporn

Diese kleine Botschaft steckte wenige Tage vor der Bundestagswahl im Flyerstander an unserem Bürgerbüro in Großenhain. Herzlichen Dank.



ALLE 10 MINUTEN VERLIEBT SICH EIN SACHSE IN DIE AfD

Mario Beger

AfD

@MarioBegerAfD
t.me/mariobeger

Im Herbst bei der Bundestagswahl wurde die AfD in Sachsen stärkste Kraft und konnte hier zehn von sechzehn Direktmandaten gewinnen.

Eine Partei braucht aber nicht nur Wähler, sondern auch aktive Mitstreiter, die mitdiskutieren, mitentscheiden, Aufgaben übernehmen und zu Wahlen kandidieren wollen.

Bei Fragen zur Mitgliedschaft senden Sie bitte ein E-Mail an

blauewahlkreispost@gmail.com

Ihre Stimme verändert Politik,
wenn Sie bei der AfD mitmachen!

Alle reden von „Digitalisierung“ - wir wollen sie durchsetzen!

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert in einem Antrag (7/748) die Staatsregierung auf, das Graue-Flecken-Förderprogramm des Bundes sofort mit Landesmitteln zu unterstützen. Sonst drohen dem Freistaat bis zu 500 Millionen Euro Mehrausgaben. Dazu erklärt Mario Beger, handwerkspolitischer Sprecher und Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft: „Unsere Kommunen und Unternehmen vor allem in den ländlichen Gebieten sind darauf angewiesen, dass die Digitalisierung endlich alle Gemeinden erreicht. Folgenlose Absichtserklärungen der Regierung sind ebenso hinderlich wie der Verweis auf ‚Abstimmungsprozesse‘, in denen sich die Koalition befindet. Das Aussitzen von Problemen kostet Zeit und Geld. Die Koalition redet nur von Digitalisierung, wir wollen sie beschleunigt umsetzen!“

Die Fakten liegen auf dem Tisch: Seit dem 26. April 2021 können Kommunen und Landkreise aus der gesamten Bundesrepublik Förderung für ihre ‚Grauen Flecken‘ beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beantragen. Als ‚Graue Flecken‘ werden Gebiete bezeichnet, in denen die Internetversorgung weniger als 100 Megabit pro Sekunde beträgt. Doch zwingend notwendig für Unterstützungszahlungen ist die Kofinanzierung durch die Bundesländer. Eine sächsische Förderrichtlinie muss daher zügig verabschiedet werden, denn neun von zwölf Milliarden Euro an Bundesmitteln für den Breitbandausbau sind bereits gebunden und teilweise ausgezahlt. Wenn die Landesregierung in Dresden weiter untätig bleibt, kostet das den Freistaat nach verschiedenen Schätzungen ca. 490 Millionen Euro zusätzlich. Während die Regierung also Millionen Euro für ‚Demokratieförderprogramme‘ ausgibt, womit oft linksradikale Initiativen versorgt werden, zögert sie ausgerechnet bei der Stärkung des Breitbandausbaus für rund 407.000 betroffene Haushalte.

Das Versagen kennt kein Ende - und viele Sachsen kein schnelles Internet. Die AfD-Fraktion fordert daher mit ihrem Antrag, dass der Bedeutung des digitalen Wandels endlich Rechnung getragen wird. Die stiefmütterliche Behandlung des Graue-Flecken-Förderprogramms ist ein weiteres Armutszeugnis für die grün-rot geführte CDU-Staatsregierung. Es drohen weitere verlorene Jahre für ein zukunftsorientiertes Sachsen.



Gegenrede

Während vergangener Wahlkämpfe tauchte in einigen Ortschaften immer wieder ein Zettel auf, mit dem versucht wurde, die AfD als unwählbar hinzustellen. Eine Behauptung war u.a. - die AfD will Schlagbäume auf der Oderbrücke aufstellen, um die bestehenden vielfältigen Kontakte zwischen Polen und Deutschland zunehmend zu erschweren. Die Sicherheit einer Nation basiert auf sicheren Grenzen. In Zeiten unregelmäßiger Migration und grenzüberschreitender Kriminalität kommt dem Schutz der innereuropäischen Grenze besondere Bedeutung zu. Die Bundespolizei muss rechtlich, personell und technisch in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben zu erfüllen. Fahndungserfolge bei Grenzkontrollen anlässlich internationaler Gipfeltreffen belegen das Erfordernis eines effizienten Grenzschutzes... Das kann man u.a. im Programm der AfD für die Wahl zum 20. Bundestag nachlesen. Angesichts der aktuellen Sicherheitslage und der Verschiebung von Schlepperouten braucht es dauerhafte Kontrollen an allen deutschen Außengrenzen, auch zu der nach Polen. Die Bundespolizei beobachtet dort seit dem Sommer einen Anstieg der Schleuserkriminalität vor dem Hintergrund von Spannungen zwischen der Europäischen Union und Weißrussland. Zurückweisungen an der Grenze müssen wieder als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden und

würden bedeuten, dass alle Asylbewerber nach Polen zurückgeschickt werden, weil sie aus einem sicheren Land einreisen. Einem gleichgelagerten Problem sieht sich Polen selbst gegenüber und hatte bereits im August mit dem Bau eines provisorischen Zauns entlang der Grenze zu Weißrussland begonnen, welcher nun - mit Genehmigung durch das polnische Parlament - zu einer dauerhaften Befestigung wird. Wir fordern, wie alle östlichen Nachbarstaaten Deutschlands auch, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den vorhandenen Grenzübergangsstellen, ebenso eine Überwachung der „grünen Grenze“. Dabei wird der grenzüberschreitende Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr ohne unzumutbare Einschränkungen gewährleistet, wie es schon in den letzten Jahrhunderten unter weit schwierigeren Bedingungen möglich war.

Das friedliche Miteinander sowie die nachbarschaftlichen Beziehungen werden auf Grund einer kontrollierten Grenze nicht behindert. Warum soll uns Deutschen diese Souveränität von Landsleuten abgesprochen werden, die der Schutz unseres Vaterlandes nicht interessiert?

Steffen Reck, Stadtrat in Gröditz

Es gibt Ursachen für dieses Wahlergebnis, Herr Dr. Mißbach!

Als AfD-Stadtratsfraktion möchten wir die Aussagen von unserem Oberbürgermeister, Herrn Dr. Sven Mißbach, zur Bundestagswahl im SZ-Artikel vom 27.09.2021, nicht einfach so stehen lassen. Bereits im Vorfeld eine Schlammschlacht zu eröffnen, die nötige Fachkompetenz unserer direkt gewählten Abgeordneten Barbara Lenk abzusprechen und Ängste zu schüren, ist unangebracht. Auch Ihre Aussage, es wäre eine Protestwahl gewesen, ist falsch. Die Alternative für Deutschland setzt sich seit 2013 mit ihrer ganzen Kraft für die Bürger in diesem Land ein, welche unter den kapitalen und politisch fraglichen Entscheidungen der Altparteien zu leiden haben. Das sehen und spüren die Menschen auch in unserem Wahlkreis und in unserer Stadt. Genau das ist der Grund für dieses Wahlergebnis.

Erinnern wir uns nur kurz an Ihre Wahl zum Oberbürgermeister. War das nicht eine Protestwahl? Ihnen wurde das Vertrauen geschenkt und abgerechnet wird zum Schluss.

Sie, als Verantwortlicher für diese Stadt und deren Einwohner, haben doch auch tagtäglich mit den Auswirkungen der Politik der etablierten Parteien zu kämpfen.

Zuschüsse von Bund und Land werden reduziert, Kürzungen von Fördermitteln, höhere Kreisumlage uvm. Das liegt aber nicht an den fehlenden Steuereinnahmen. Wir haben ein Ausgabenproblem der Regierung. In einem müssen wir Ihnen teilweise Recht geben, dass der „Draht zu den etablierten Parteien verloren gegangen ist“. Doch es liegt nicht an unseren Abgeordneten, denen die Türen oft und gerne vor der Nase zugeschlagen und verriegelt werden.

Obwohl Thomas de Maizière, der Vorgänger von Barbara Lenk, seit 2009 der direkte Vertreter unseres Wahlkreises war, konnte auch er die Problematik der Bundesstraßen 98, 101 und 169 nicht lösen. Erinnern werden wir uns lediglich an seine Aussage als Innenminister: „...Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern...“ und die Skandale im sogenannten „Sachsen-Sumpf“.

Barbara Lenk besitzt unser Vertrauen und das der Wähler. Sie wird eine starke Stimme für unseren Wahlkreis und die normalen Bürger sein und den Finger in die Wunden legen.

Die AfD-Stadträte von Großenhain

Nein zu steigenden Kita-Beiträgen

Jedes Jahr im November erhalten die Stadträte eine Beschlussvorlage zur Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung der Kinder in den Tageseinrichtungen der Stadt Großenhain.

Während die rasant steigenden Betriebskosten dieser Einrichtungen die Ausgaben der Stadt erhöhen, steigen die Landeszuschüsse dagegen kaum. Durch das „Gute-Kita-Gesetz“ sind zwar die Zuschüsse angehoben worden, jedoch werden diese für die qualitative Betreuung unserer Kinder verwendet. Um den Stadthaushalt zu entlasten, versucht man, die wachsenden Kosten auf die Elternbeiträge umzulegen. Dem wollen und können wir nicht zustimmen. Familien müssen entlastet werden!

Durch das Sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG, Neufassung 2021) fallen die allgemeinen und investiven Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden wesentlich geringer aus. Das bedeutet für Großenhain ein Minus von 2,5 Millionen Euro. Obwohl wir in Deutschland bereits die höchsten Abgaben und Steuern haben, reicht das Geld nicht für eine vernünftige Familienpolitik?!



Das Problem liegt auf der Ausgabenseite - Milliarden gehen an die EU, falsche Corona-Politik, Migrationspolitik, gescheiterte Energiewende uvm.

Apropos Energiewende, unsere Strompreise sind in den letzten Jahren um 60% gestiegen. Das trifft nicht nur junge Familien besonders hart. Dazu kommt die Einführung der CO2-Steuer zum 1. Januar 2021. Die jährlichen Mehrausgaben von Familien werden auf bis zu 1800 Euro ansteigen. Die Inflation von derzeit 4 Prozent kommt noch oben drauf. Auch die Reformierung der Grundsteuer ist beschlossen und diese Erhöhung trifft neben den Hausbesitzern auch jeden Mieter.

Wenn schon nicht vom Bund ausgehend, könnte die Sächsische Landesregierung die Zuschüsse zu den Kita-Beiträgen erhöhen, aber das scheitert am Willen, denn Einsparungen an anderer Stelle sind möglich. Positiv zu erwähnen ist, dass die Elternbeiträge der Stadt Großenhain zu den niedrigsten im Landkreis Meißen gehören. Das soll aber auch so bleiben. Einsparpotential an anderer Stelle gibt es auch in Großenhain genug.

Mario Beger, Stadtrat in Großenhain



Neubau Kita Chladeniusstraße - Spatenstich war am 13. April 2021, 19 Monate Bauzeit sind kalkuliert und trotz gestiegener Preise und fehlender Baustoffe läuft der Bau nach Plan. Die Kinder werden sich sicher am meisten freuen, können sie den Fortschritt des Neubaus doch jeden Tag verfolgen. Für uns Großenhainer Stadträte ist es eine wichtige und gute Investition in die Zukunft unsere Kinder.

Marktplatz und andere Probleme

Seit 2019 ist der Radeburger Markt eine Dauerbaustelle. Er ist zwar inzwischen wieder gepflastert, aber fertig ist er noch lange nicht. Wenige Monate nach Baubeginn hatte ich einen Baustopp und die Beauftragung eines Gutachters bezüglich baulicher Mängel beantragt, denn die Qualität der Ausführung der Pflasterarbeiten ließ zu wünschen übrig. Leider wurde der Gutachter durch die Stadtverwaltung zu spät beauftragt. Die entstandenen Mehrkosten hätte man sich in dieser Höhe sparen können. In vielen Gesprächen die ich führte, wurde die Belastung für die Ladenbesitzer am Markt deutlich. Im Stadtrat stellte ich daraufhin den Antrag für eine Entschädigung dieser Marktanrainer. Die Entscheidung über meinen Antrag wurde allerdings auf die Zeit nach Beendigung des Marktplatzdramas vertagt. Dem Radeburger Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 konnte ich nicht zustimmen, denn dieser Haushalt ist nicht zum Wohle der Stadt.

Selbst die Finanzierung der Erweiterung der Zille-Oberschule, die größte Einzelinvestition im Haushaltsplan, steht auf tönernen Füßen und wird sich in drei Bauabschnitten bis 2030 hinziehen. Für mich ist auch nicht akzeptabel, dass die liquiden Mittel der Stadt von fast sieben Millionen Euro auf nur 16.000 Euro Anfang 2025 abgeschmolzen werden sollen.

Als einziger AfD-Kandidat für den Stadtrat in Radeburg angetreten, erhielt ich von allen Kandidaten die meisten Stimmen. Das Vertrauen der Wähler hätte für vier Plätze im Stadtrat gereicht, aber leider standen nicht genügend Kandidaten zur Verfügung. Es bleibt zu wünschen und im Sinne einer Politik zum Wohle unserer Bürger und unserer Stadt zu hoffen, dass sich dies zur nächsten Kommunalwahl 2024 ändert.

Uwe Riemer, Stadtrat in Radeburg



Mit Sicherheit bespielbar

In Nasseböhla kritisierten schon lange die Anwohner die Nähe des Spielplatzes zur Straße und die daraus resultierende Unfallgefahr für die spielenden Kinder. Pünktlich zum Beginn der Herbstferien gehörte dieses Problem der Vergangenheit an. In Eigenleistung bauten wir Ortschaftsräte gemeinsam mit Anwohnern den fehlenden Zaun an die Gefahrenstellen. Ein Dank an die Stadt Großenhain, die uns, trotz der allseits bekannten Probleme bei der Beschaffung von Baumaterial und den dafür gestiegenen Preisen, das abgesprochene Material zur Verfügung stellte. Bei der letzten Ortschaftsratssitzung wurde eine Ortsbegehung mit Vertretern der Stadt angeregt. Nach dem Verlegen des Glasfaserkabels im Frühjahr, wurden in Stroga die betroffenen Fußwege zwar wieder verfüllt, der Ausgangszustand aber bis heute nicht wieder hergestellt. Im Moment befindet sich noch grober Schotter auf der Deckschicht, was die Pflege der Fußwege erschwert. Angesichts des nahenden Winters können wir nur hoffen, dass es keinen Schneefall gibt, denn das Schneeschieben wird auf diesen Fußwegen auch nur bedingt möglich sein. In langfristiger Planung ist für 2023 ein Fest zum 30-jährigen Bestehen der Freizeitanlage in Stroga mit allen Nutzern der Anlage und den Anwohnern.



Michael Hitschke, Ortsvorsteher in Nasseböhla/Stroga